

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
§ 1 Anliegen und Stand der Literatur	3
§ 2 Begriffsbestimmung: Die Sicherheitsverfassung	8
I. Das innere System: Sicherheitsverfassungsrechtliche Spezifika	9
II. Das äußere System: Der überkommene Begriff der inneren Sicherheit	11
III. Konvergenzen: Sicherheitsverfassung und innere Sicherheit im Sinne dieser Untersuchung	13
§ 3 Wider die Kritik des „Verfassungsgerichtspositivismus“ oder vom Nutzen der System- und Maßstababbildung.....	15
Erster Teil: Vorfragen und Methode	21
§ 4 Die Bindungswirkung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Anlass und Voraussetzung für deren Systematisierung	23
I. „Authentische“ Verfassungsauslegung bzw. Geltung als Verfassungsgewohnheitsrecht?	24
II. Die Bindungswirkung des § 31 Abs. 1 BVerfGG und seine Erstreckung auf die tragenden Entscheidungsgründe	26
III. Die „Gesetzeskraft“ der Normenkontrollentscheidungen nach § 31 Abs. 2 BVerfGG	30
IV. Präjudizienbindung?	30
V. Faktische Bindung an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes	31

VI. Zwischenergebnis	32
§ 5 Vorsichtsregulative betreffs der Systematisierungsfähigkeit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	33
<i>I. Abschied vom rationalistischen Subsumtionsideal, in Sonderheit: Spezifika des Verfassungsrechts</i>	35
<i>II. Institutionelle und zeitliche Kontinuitätshindernisse</i>	38
1. Die personale Dimension	39
2. Die organisatorische Dimension	42
3. Die kollegiale Dimension	43
4. Die kooperative Dimension: Der europäische Verfassungsgerichtsverbund	46
5. Die zeitliche Dimension	48
6. Konsequenzen	49
<i>III. Begründung und Gründe der Entscheidungen</i>	50
§ 6 Berechtigung, Methode und Gehalt einer induktiven Systematisierung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes	56
<i>I. Das Desiderat induktiv-systematischer Methode</i>	56
<i>II. Von der Berechtigung der Induktion</i>	58
<i>III. Methode</i>	62
1. Induktion oder Falsifikation?	63
2. Methode der Induktion	64
a. Induktive Schlüsse	64
aa. Induktive Schlüsse nach John Stuart Mill	65
bb. Zur Übertragung der Millschen Induktionsschlüsse auf die Rechtswissenschaft	66
b. Vorgehen	70
aa. Hypothesenbildung	70
bb. Bestimmung der einschlägigen Entscheidungen	71
cc. Auslegung der einschlägigen Entscheidungen	72
dd. Induktionsschluss im engeren Sinne	75
ee. Systematische Rückversicherung und systematische Lozierung	75
3. Sonderproblem: Die Frage nach der kleinsten Fallmenge oder: Universalien im Fallrecht?	75
a. Induktionsrechtfertigende Prämisse und Einzelfall	76

b. Das Besondere und die Idee des Allgemeinen	76
IV Vom Geltungsanspruch induktiv ermittelter Sätze	77
§ 7 Zu den Grenzen deskriptiver Systematisierung oder von der Notwendigkeit rechtswissenschaftlicher Binnengliederung.....	80
I. Prämisse: Dogmatik ist keine Rechtsquelle	81
II. Konsequenz: Unterscheidung deskriptiver und präskriptiver Dogmatik	81
III. Umsetzung: Das Abgrenzungsproblem im Verhältnis von deskriptiver zu normativer Dogmatik	84
1. Das Abgrenzungsproblem als ein Grundproblem der Erkenntnistheorie	84
2. Von der Untauglichkeit der Falsifikation als Kriterium der Binnendemarkation deskriptiver und normativer Dogmatik	85
3. Induktive Methode als Abgrenzungskriterium – Schwierigkeiten	86
Zweiter Teil: Die Sicherheitsverfassung.....	91
§ 8 Die Maßstäblichkeit deutscher Sicherheitsverfassung für Rechtsakte der Europäischen Union	93
I. Grenzen der Übertragung von Hoheitsbefugnissen auf die Europäische Union	93
1. Allgemeine Grenzen für die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union nach Maßgabe der Lissabon- Entscheidung	94
2. Die „verfassungskonforme Auslegung“ des Vertrags von Lissabon	95
a. Materiellrechtliche Vorgaben	97
b. Verfahrensrechtliche Anforderungen: Die Integrationsverantwortung als Transformationspfad der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts	99
II. Die Maßstäblichkeit deutscher Sicherheitsverfassung in Ansehung europäischen Sekundärrechts	100
1. Verfassungsidentität und Ultra-vires-Kontrolle	100
Inkurs: Tauglicher Beschwerdegegenstand	102
2. Anwendungsfenster nationalen Sicherheitsverfassungsrechts resultierend aus der Normstruktur europäischen Rechts	107

III. Die Maßstäblichkeit deutscher Sicherheitsverfassung in Ansehung europäischer Rahmenbeschlüsse nach Art. 34 Abs. 2 S. 2 lit. b EUV a. F.	107
IV. Zwischenbetrachtung: Die Sondersituation einer Dogmatik an der „Bruchstelle“ zweier Rechtsordnungen	110
§ 9 Schutzbereichsdefinitionen	113
I. Die Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG	113
1. BVerfGE 115, 118 – Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG)	116
a. Der entschiedene Fall	116
b. Problemorientierte Verallgemeinerung: Die Relevanz der Menschenwürde für die Aufopferung Unschuldiger	118
c. Systematische Relevanz der Entscheidung	120
aa. Konkretisierungen der Objektformel	120
bb. Verhältnis von Tun und Unterlassen, von Achtungs- und Schutzpflicht	121
cc. Verhältnis des Grundrechts auf Leben zur Menschenwürdegarantie	122
2. BVerfGE 109, 133 – Langfristige Sicherungsverwahrung	124
a. Der entschiedene Fall	125
b. Problemorientierte Verallgemeinerung: Die Relevanz der Menschenwürde für das „Wegschließen“ gefährlicher Personen	126
c. Systematische Relevanz der Entscheidung	127
aa. Menschenbild des Grundgesetzes	128
bb. Elemente der Abwägung im Rahmen der Schutz- bereichsbestimmung	129
3. Kernbereichsschutz	130
a. BVerfGE 109, 279 – Großer Lauschangriff	131
b. Weitere Entscheidungen zum Kernbereich privater Lebensgestaltung	132
c. Die Kernbereichsdogmatik	135
aa. Allgemeines	135
bb. Die Bestimmung des Kernbereichs privater Lebensführung im Wege der Abwägung	136
cc. Abwägungsdirektiven für die Überwachung unter Ungewissheit – Zweistufiges Schutzkonzept und „umgekehrte Risikodogmatik“	141
aaa. Das zweistufige Schutzkonzept	141

bbb. Erste Stufe: Anforderungen an die Informations- erhebung	143
ccc. Zweite Stufe: Anforderungen an die Informations- auswertung	148
ddd. Adressat des zweistufigen Kernbereichsschutzes	149
d. Zur systematischen Relevanz der Kernbereichsrechtsprechung	150
4. Ein systematisches Proprium der Menschenwürde- rechtsprechung?	150
5. Annex: Verständnis des Art 79 Abs. 3 GG	153
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht nebst seinen Derivaten	156
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	156
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	158
a. Grundlegung in BVerfGE 65, 1 – Volkszählungsurteil	158
b. Konkretisierungen in der sicherheitsverfassungs- rechtlichen Judikatur	160
aa. Kasuistik	160
bb. fallübergreifende Leitlinien	165
aaa. Abgrenzung des Schutzbereichs gegenüber speziellen Grundrechtsgewährleistungen	165
bbb. Informationelle Selbstbestimmung über allgemein zugängliche Informationen? – Zur Bedeutung der Öffentlichkeit	171
ccc. Funktionelle Schutzbereichsbestimmung? Die Frage nach der Mindestschwelle für die Aktivierung des informationellen Selbstbestimmungsrechts	173
(1.) Typologie der Mindestschwellen	175
(2.) Versuch einer Strukturierung	177
(3.) Zwischenfazit: Funktionelle Schutzbereichs- begrenzung	180
3. Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	181
a. Herleitung und Schutzbereich des Computergrundrechts in BVerfGE 120, 274	181
b. Die Stellung des Computergrundrechts im System des Persönlichkeitsschutzes: Schutzbereichsabgrenzungen	185
c. Status des Computergrundrechts	188
III. Das Telekommunikationsgeheimnis, Art. 10 Abs. 1 GG	188
1. Die Entscheidungen im chronologischen Überblick	190
2. Funktionale Schutzbereichsbestimmung zwischen Entwicklungsoffenheit und restriktiver Abgrenzung gegenüber unbenannten Freiheitsrechten	194

a. Das Telos des Telekommunikationsgrundrechts in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	195
b. Funktional determinierte Entwicklungsoffenheit des Schutzbereichs	197
c. Funktional determinierte Restriktionen der Schutz- bereichsdefinition	208
d. Spezialität gegenüber der informationellen Selbstbestimmung .	199
<i>IV. Das Wohnungsgrundrecht, Art. 13 Abs. 1 GG</i>	199
1. Der Schutzbereich des Art. 13 Abs. 1 GG	200
2. Akzentuierung des Richtervorbehaltes bei Wohnungs- durchsuchungen	201
3. Abgrenzungs- und Konkurrenzfragen	203
a. Abgrenzung gegenüber weiteren Grundrechtsgewährleistungen	205
b. Echte Konkurrenz	205
c. Unechte Konkurrenz	206
aa. Spezialität	206
bb. Schutzbereichsverstärkung durch besondere Vorgaben des GG	206
<i>V. Weitere grundrechtliche Gewährleistungen</i>	207
1. Die Presse- und Rundfunkfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	207
a. Schutzbereich	208
b. Konkurrenzen	208
c. Rechtfertigungsanforderungen	209
2. Art. 12 Abs. 1 GG und die Indienstnahme Privater zur Erfüllung von Sicherheitsaufgaben	213
a. Die Indienstnahme privater Telekommunikationsdienstleister – BVerfGE 125, 260 (358 ff.)	214
b. Versuch der Verallgemeinerung	217
3. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	219
 § 10 Der Informationseingriff.....	223
<i>I. Der Eingriffsbegriff des Bundesverfassungsgerichts im Sicherheitsrecht</i>	224
1. Allgemein: Der Eingriffsbegriff des Bundesverfassungsgerichtes	224
2. Konkretisierung: Der Informationseingriff als systematisches Kernstück des Sicherheitsverfassungsrechts	225
3. Weitere Probleme des Eingriffsbegriffs	227
a. Schutzbereichsverkürzungen Dritter durch hoheitliche Inanspruchnahme Privater	227
b. Zum sog. „Grundrechtsverzicht“	230

II.	<i>Das Gewicht staatlicher Informationseingriffe</i>	232
1.	Nomenklatur der Eingriffsschwere?	234
2.	Kriterien zur Bestimmung der Eingriffsschwere	236
a.	Art der erfassten Informationen (qualitatives Kriterium)	239
b.	Anlass der Informationserhebung (kausales Kriterium)	243
c.	Umstände der Erhebung (modales Kriterium)	246
d.	betroffener Personenkreis (quantitatives Kriterium)	250
e.	Art der Verwertung (finales bzw. potenciales Kriterium)	251
3.	Argumentative Verwendung zur Eingriffsmilderung?	254
4.	Grundgedanken der genannten Kriterien	256
III.	<i>Sonderproblem: Der additive Grundrechtseingriff</i>	257
1.	Verbot der Rundumüberwachung als Ausprägung des Kernbereichsschutzes	259
2.	verfahrensrechtliche Pflichten	259
3.	Angemessenheitserwägungen	261
§ 11	Zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung von (Informations-)Eingriffen	263
I.	<i>Vorüberlegungen hinsichtlich des institutionellen Adressaten des Sicherheitsverfassungsrechts</i>	263
1.	Die unmittelbare Verfassungsbindung aller drei Staatsgewalten („ob“)	265
2.	Die Bindungsnormen oder die Frage nach dem Bestehen eines institutionellen Sonderrechts („woran“)	266
3.	Der Grad der verfassungsrechtlichen Bindung der Gewalten oder die Frage nach dem Bestehen institutioneller Differenzierungen („wie“)	267
II.	<i>Formelle Verfassungskonformität</i>	276
1.	Vorgaben des Grundgesetzes	279
2.	Abgrenzung und Ausdifferenzierung durch das Bundesverfassungsgericht	281
a.	Grundsatz der Länderzuständigkeit Art. 30 GG, Art. 70 Abs. 1 GG	281
b.	Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1 GG (auswärtige Angelegenheiten)	281
c.	Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GG (Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung)	286
aa.	Verteidigung	286
aaa.	Zum Begriff der Verteidigung i. S. d. Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GG	287

bbb. Zum systematischen Verhältnis von Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 GG zu den Verwaltungskompetenzen für den Streitkräfteeinsatz	289
bb. Schutz der Zivilbevölkerung	290
d. Art. 73 Abs. 1 Nr. 2 GG (Gesetzgebung über die Staatsangehörigkeit im Bunde)	290
e. Art. 73 Abs. 1 Nr. 3 Var. 3 (Meldewesen) und Var. 5 GG (Auslieferung)	292
aa. Meldewesen	292
bb. Auslieferung	295
f. Art. 73 Abs. 1 Nr. 5 Var. 4 GG (Waren- und Zahlungs- verkehr mit dem Ausland einschließlich des Zoll- und Grenzschatzes)	296
aa. Der Waren- und Zahlungsverkehr mit dem Ausland	296
bb. Der Zoll- und Grenzschutz	297
g. Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 GG („Luftverkehr“)	301
h. Art. 73 Abs. 1 Nr. 6a GG (Eisenbahnwesen)	302
i. Art. 73 Abs. 1 Nr. 7 GG (Telekommunikation)	302
j. Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a (Abwehr von Gefahren des internationa- len Terrorismus durch das Bundeskriminalpolizeiamt) GG	304
k. Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG	304
aa. Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten der inneren Sicherheit (Var. 1)	305
bb. Die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Var. 2)	306
cc. Die internationale Verbrechensbekämpfung (Var. 3)	306
l. Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 (Strafrecht), Var. 3 (Gerichtsverfassung), Var. 4 GG (gerichtliches Verfahren)	307
aa. Allgemeines zur konkurrierenden Gesetzgebungs- zuständigkeit	307
bb. Das Strafrecht	308
cc. Die Gerichtsverfassung	312
dd. Das gerichtliche Verfahren (ohne das Recht des Untersuchungshaftvollzuges)	312
m. Annexkompetenzen für die ordnungsbehördliche Gefahrenabwehr	315
3. Abschließende Betrachtung zur Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts betreffs der Gesetzgebungskompetenzen	317
III. <i>Materielle Verfassungskonformität</i>	318
1. Verwaltungskompetenzen	318
a. Grundsatz: Länderkompetenz	319

b. Ausnahmen	319
aa. Die Bundesauftragsverwaltung, Art. 85 GG	319
bb. Bundeseigenverwaltung, Art. 86 ff. GG	322
aaa. Fakultative Bundesverwaltung	323
bbb. Obligatorische Bundesverwaltung	326
cc. Bundeskompetenzen außerhalb des VIII. Abschnitts des GG	327
aaa. Der Einsatz der Streitkräfte im Inneren, Art. 87a Abs. 2 GG, Art. 35 GG	327
bbb. Die Zollverwaltung, Art. 108 Abs. 1 S. 1 GG	331
2. Organisationsverfassungsrechtliche Vorgaben, namentlich die Frage nach dem Bestehen eines Trennungsgebotes	332
3. Bestimmtheit	335
a. Überblick und Entwicklungstendenzen	335
b. Zur Dogmatik des Bestimmtheitsgrundsatzes	339
aa. Zur Funktion des Bestimmtheitsgrundsatzes	341
bb. Zu den (situativ verschiedenen) Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes	341
cc. Zur Umsetzung der Vorgaben des Bestimmtheits- grundsatzes	345
c. Kompensations- und Kompatibilisierungsmöglichkeiten	347
d. Die Stellung des Bestimmtheitsgrundsatzes zur Verhältnis- mäßigkeitsprüfung	350
e. Zum Verhältnis der Senate	351
4. Verhältnismäßigkeit	353
a. Grenzen der Abwägbarkeit subjektiver Rechtspositionen	354
b. Legitimer Zweck	356
c. Geeignetheit	358
d. Erforderlichkeit	359
e. Angemessenheit	362
aa. Vorklärung: Konvergenzen in den Maßstäben der Angemessenheitsprüfung	362
aaa. Grundrechtliche Konvergenzen	362
bbb. Funktionale Konvergenzen?	363
(1.) Im Verhältnis von präventiv-polizeilicher Gefahrenabwehr und den Diensten	365
(2.) Im Verhältnis von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	369
bb. Die Angemessenheitsprüfung im engeren Sinne	373
aaa. Intensität des Eingriffs in die Freiheitsgrundrechte der Bürger	374

bbb. Das Gewicht des verfolgten Gemeinwohlinteresses	
Sicherheit	374
(1.) Die verfassungsrechtliche Fundierung des Sicherheitszwecks	374
(2.) Graduelle Erwägungen	377
ccc. Eingriffsschwellen	380
(1.) Die präventiven Eingriffsschwellen	381
(a.) Die allgemeine Gefahrenlage	382
(b.) Die abstrakte Gefahr	384
(c.) Die konkrete Gefahr	386
(2.) Repressive Eingriffsschwellen	388
(3.) Anforderungen an die tatsächliche Basis der Wahrscheinlichkeitsprognosen	390
ddd. Die Je-desto-Formel als relativ-e Zuordnungsdirektive	395
eee. Abstrakt-absolute Eingriffsschwellen als Begrenzungen der Je-desto-Formel	396
fff. Verfahrensrechtliche Kompensationserfordernisse	400
(1.) Rechtsschutzdefizite	404
(2.) Überwachungsängste	408
(3.) Intensive Grundrechtseingriffe	408
ggg. Annex: Adressatenfragen, insbesondere die Grund- rechtsbetroffenheit Dritter	409
(1.) Drittbetroffene	410
(2.) Dritte als Zielpersonen	413
(3.) Konstellationen personaler Indifferenz und das Erfordernis einer Nähebeziehung des Betroffenen zur Rechtsgutbedrohung	416
5. Der Grundsatz der Zweckbindung	420
 § 12 Schluss: Zur Balance von Freiheit und Sicherheit.....	423
 Literaturverzeichnis.....	427
Namen- und Sachregister	455